

**Postulat
über die Prüfung einer partnerschaftlichen
Zusammenarbeit mit der privaten Wirtschaft
(PPP-Modell) für die Realisierung eines zentralen
Verwaltungsgebäudes am Seetalplatz (Emmen)**

eröffnet am 14. Mai 2012

Der Regierungsrat wird aufgefordert, für die Realisierung eines zentralen Verwaltungsgebäudes am Seetalplatz (Emmen) eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der privaten Wirtschaft (PPP-Modell) zu prüfen.

Begründung:

Der Kanton Luzern strebt gemäss seiner Immobilienstrategie durch Betriebsoptimierungen und die Nutzung von Synergien eine Reduktion der Arbeitsflächen der kantonalen Verwaltung an. So sollen gemäss der dem Kantonsrat unterbreiteten Strategie zusammenhängende Betriebseinheiten in zentralen Verwaltungsgebäuden in der Agglomeration Luzern zusammengeführt werden. Der Kanton Luzern verfügt im Raum Seetalplatz (Gemeinde Emmen) über zwei grössere Grundstücke, die sich gemäss der Immobilienstrategie als Standort für ein Verwaltungszentrum eignen würden. Die aktuelle Finanzlage führt wohl dazu, dass die Realisierung eines neuen Verwaltungszentrums zeitlich aufgeschoben wird. Unbestritten ist dagegen, dass mit der skizzierten Zentralisierung der Verwaltung ein erhebliches Optimierungspotenzial bezüglich der Verwaltungskosten (Effizienzgewinn) besteht und dass der Seetalplatz das Zentrum der Entwicklung im Raum Luzern Nord darstellt. Es handelt sich um einen zentralen Standort für den ganzen Kanton, und die sich dort abzeichnenden Entwicklungen lassen das Gebiet zu einem wirtschaftlich blühenden und neuen urbanen Stadtzentrum wachsen. So hat schon die Firma Monosuisse mit einem Wettbewerb aufgezeigt, dass städtebaulich sinnvolle und zukunftssträchtige Entwicklungen möglich sind und gleichzeitig auch ein Nebeneinander von Wohnen und Arbeiten realisierbar ist. Der Kanton sollte daher mit der Realisierung einer zentralen Verwaltung nicht zuwarten. Zumal damit in der Stadt Luzern Büroräume für wertschöpfungsintensivere Betriebe zur Verfügung gestellt werden könnten. Es ist daher sinnvoll, wenn ein PPP-Modell für den Bau eines Verwaltungszentrums geprüft wird. Denn das Modell der Private Public Partnership umfasst die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen der öffentlichen Hand und privaten Wirtschaft und wird

aktuell als ein zweckmässiger und gewinnbringender Lösungsansatz zur optimalen Erfüllung öffentlicher Aufgaben betrachtet. Mit einer Investorenlösung kann ein zentrales Verwaltungsgebäude für einen ganzen Lebenszyklus beschafft werden, und für alle Beteiligten ergibt sich daraus eine Win-win-Situation.

Born Rolf

Moser Andreas

Schilliger Peter

Stucki Walter

Keller Irene

Heer Andreas

Burkard Ruedi

Langenegger Josef

Schmid-Ambauen Rosy

Gloor Daniel

Freitag Charly

Pfäffli-Oswald Angela

Leuenberger Erich

Sommer Reinhold

Meier-Schöpfer Hildegard

Schurtenberger Helen

Bucher Guido

Odoni Romy

Müller Damian